

Elternlobby gleich zwei Mal versetzt

Initiativkomitee wirft dem Regierungsrat Verstoss gegen die Verfassung vor

baz 6.3.08

SUSANNA PETRIN

Die Präsidentin der Elternlobby, Pia Amacher, ist mit der Forderung freien Schulwahl auf Tournee – Podium um Podium steht an. Doch nun stellt sich heraus: Über die Initiative «Ja, Bildungsvielfalt für alle» wird im Juni doch nicht abgestimmt.

Die Elternlobby Schweiz hat Pech: Gleich zwei Körbe musste sie am Dienstag einstecken. Zunächst sagte der Bildungsforscher Jürgen Oelkers seine Teilnahme als Hauptreferent an einem Forum vom Dienstagabend in letzter Minute ab. Er habe sich düpiert gefühlt, als man ihn gebeten habe, sein Referat von 40 auf 30 Minuten zu kürzen, lautet die offizielle Begründung.

Noch härter trifft die Elternlobby aber eine Versetzung durch den Regierungsrat. Die Abstimmung über die Volksinitiative «Ja, Bildungsvielfalt für alle», welche eben diese freie Schulwahl fordert, findet doch nicht am 1. Juni statt (vgl. baz vom Mittwoch). Dies, obschon die Baselbieter Verfassung verlangt, dass «ein formuliertes Begehren innert 18 Monaten dem Volk zur Abstimmung vorgelegt» werden müsse. Diese Frist läuft am 12. Juli ab.

VERFASSUNGSWIDRIG? Die Elternlobby ist verärgert. «Der Regierungsrat ignoriert Verfassung und Gesetz», schreibt sie. Bis zu diesem Tag habe sie nicht einmal einen Brief des Regierungsrates erhalten, sagt Präsidentin Pia Amacher. Von der Verschiebung des Abstimmungstermins habe sie aus den Medien erfahren müssen. Nun warte man auf eine offizielle Information und bespreche danach das weitere Vorgehen. Etwas härter heisst es in der gestrigen Medienmitteilung: «Das

Initiativkomitee prüft nun die Ergreifung der gesetzlich vorgesehenen Säumnisfolgen.»

Doch selbst wenn der Rechtsweg beschritten werden sollte: Der Regierung drohen keine drakonischen Strafen. Das Gesetz über die politischen Rechte sieht vor, dass das Präsidium des Verfassungsgerichts einen Abstimmungstermin festlegen könnte – nach Anhörung des Regierungs- und des Landrates. Dies geschah laut dem 2. Landschreiber Alex Achermann letztmals vor rund 15 Jahren bei einer Gesetzesinitiative der Grünen Baselland. Der 1. Juni kommt als Abstimmungstermin so oder so nicht mehr in Frage, die Zeit reicht dafür nicht mehr. Gemäss Achermann soll die Vorlage aber voraussichtlich im September vors Volk kommen. Verstösst die Regierung tatsächlich gegen die Verfassung? Dafür müsste man die Gründe für die Verzögerung kennen, sagt Achermann. Diese waren gestern nicht in Erfahrung zu bringen, weder die Regierungspräsidentin Sabine Pegoraro

noch der zuständige Erziehungsdirektor Urs Wüthrich waren erreichbar.

NUR BEFÜRWORDER DABEI. Leid tun konnte einem am Schulwahlpodium vom Dienstagabend aber nicht nur die Elternlobby, sondern auch der Gemeindepräsident von Nuglar-St.-Pantaleon, Hans Peter Schmid. Als er als Gast im Publikum Zweifel am System der freien Schulwahl anzubringen wagte, wurde er von einem anderen Zuhörer angeschnauzt. Das war das Problematische an der Veranstaltung im Hotel Engel in Liestal: Alle vier Referenten waren überzeugte Verfechter der freien Schulwahl: Lehrerin Micheline Ruggle – eine Schweizerin, die in den Niederlanden unterrichtet –, SVP-Landrat Thomas de Courten, der pensionierte Liestaler Lehrer Heini Mundwiler und Elternlobby-Präsidentin Pia Amacher sowieso. Und auch Moderator Heiner Leuthardt machte sein Versprechen, den Advocatus Diaboli zu spielen, nicht wahr. Mit Oelkers fehlte auch die einzige kritische Stimme.

Umwälzung des geltenden Schulsystems

KONTROVERS. Die freie Schulwahl würde das heutige Schulsystem auf den Kopf stellen. Die Initianten fordern, dass Eltern unabhängig von ihrem Geldbeutel innerhalb aller Staatsschulen sowie nichtstaatlicher Schulen frei wählen können. Das Geld solle dem Kind folgen, die freie Marktwirtschaft würde so zugunsten der Qualität spielen, lauten die Argumente der Befürworter. Die Gegner der Initiative sind entsetzt: Gemeinderäte befürchten, dass

Schulen schliessen müssten, weil Kinder fehlten. Der Lehrerverein sieht unter anderem die Qualität der öffentlichen Schule gefährdet. Und gestern hat sich auch die Konferenz der Präsidentinnen und Präsidenten der Baselbieter Schulräte dagegen ausgesprochen: Sie befürchtet ein «Zweiklassensystem» wie in den USA. Bildungsforscher Jürgen Oelkers warnt zudem vor steigenden Kosten, welche die Befürworter bestreiten. spe